

Die Vivant- Fraktion im PDG informiert:

Seit 2004 übernimmt die Vivant- Fraktion, als Oppositionsfraktion, Verantwortung im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Die VIVANT- Fraktion hat dabei folgende Inhalte angesprochen, Forderungen gestellt und Aktivitäten durchgeführt:

1. Forderungen im Sozialbereich

- Mit dem bedingungslosen, Personen bezogenen und Existenz sichernden Grundeinkommen würde die Erziehungstätigkeit von Eltern und die Pflgetätigkeit von Familienangehörigen anerkannt und die finanzielle Situation der Familien gestärkt.
- Die Arbeitslosigkeit würde ihre negativen Auswirkungen sowohl im materiellen als auch im psychologischen Bereich, vor allem für junge Menschen, verlieren: Sie könnten dann, ihren Wünschen und Möglichkeiten entsprechend, selbstständig planen.
- Die kleinen und mittelständischen Unternehmen würden entlastet und der bürokratische Aufwand im wirtschaftlich-sozialen Bereich würde ganz erheblich verringert.
- Die VIVANT- Fraktion hat immer wieder, während der gesamten Legislaturperiode, diese Zusammenhänge und die Logik sowie die Notwendigkeit einer Kaufkraftsteigerung, auch außerhalb einer bezahlten Tätigkeit, aufgezeigt.
- Dazu wurde auch die Informationsschrift "Um- Denken" veröffentlicht, die aus dem Internet unter <http://www.geldwesen.be/Buch.Umdenken.pdf> ausgedruckt werden kann

2. Forderungen im Unterrichtswesen der DG

- Mehr Lehrkräfte im Unterrichtswesen und in der Ausbildung als bisher, insbesondere für den Förderunterricht
- Eine bessere Bezahlung für die Lehrkräfte in Anlehnung an das Gehalt in Luxemburg
- Zum Fremdsprachenunterricht: Vermittlung von Französischkenntnissen ab dem ersten Kindergartenjahr, verpflichtender Unterricht des Niederländischen ab dem ersten Grundschuljahr, frühzeitiger fremdsprachlicher Förderunterricht in der Grundschule
- Unterstützung der Familien durch einen kostenlosen Bustransport für alle Schüler in der DG
- Mehrfache Forderung zur Festlegung eines kompletten Rauchverbots in allen Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

3. Klimaschutz durch den Ausbau der Energieautonomie in der DG

- Wärmedämmung der Gebäude in der Verantwortung der DG
- Einsatz der erneuerbaren Energien im Entscheidungsbereich der DG
- Streichung aller unnötigen Projekte, z.B. des Parlamentsumzuges, bis die Energieautonomie erreicht ist
- Anstoß und Bezuschussung von privaten Projekten: Windparks, Biogasanlagen, Anpflanzungen, Sammelbestellungen, Wahl des Stromlieferanten, usw.
- Einsatz durch Vorträge und Veröffentlichungen für die Forderung: „100% erneuerbare Energieversorgung so schnell wie möglich“

4. Einsatz für eine Änderung des Geldsystems zur Verhinderung des Zusammenbruchs unseres Wirtschafts- und Finanzwesens

- Seit 2005, fordern wir die Mitglieder der Regierung in der der DG und die Mandatsträger der DG in den föderalen Parlamenten und im Europaparlament auf,

Lobbyarbeit in Brüssel für die Übernahme der Geldhoheit durch den Staat zu betreiben.

- Mehrfache Vorträge und vielfache Veröffentlichungen zum Thema "Geldsystem"
- Einrichtung der Webseite <www.geldwesen.be> zwecks Information und Sensibilisierung
- Anstoß zur Einführung einer komplementären Regionalwährung in der DG
- Intensive Informationstätigkeit vor der Ratifizierung des Verfassungsvertrages in 2005 und des Vertrages von Lissabon in 2008 im PDG, mit dem Ziel, vor der Annahme dieser Verträge durch das PDG eine Abänderung der Artikel zum Finanzwesen zu erreichen.

5. Stärkung der parlamentarischen Demokratie in der DG

- Forderung eines geheimen Abstimmungsmodus im PDG auf Antrag eines Mitgliedes des Parlamentes mit dem Ziel den Fraktionszwang aufzuheben und somit eine Beeinflussung der Gewissensentscheidung der Parlamentsmitglieder zu verhindern.
- Forderung einer bindenden Volksbefragung zum Thema des Verfassungsvertrages, des Parlamentsumzuges und des Vertrages von Lissabon
- Übergang von unserer kapitalistischen Gesellschaft, unter Führung des politisch-wirtschaftlichen Komplexes, hin zu einer teilhabenden Demokratie mit dem Mittel der bindenden Volksbefragung, bzw. des Volksentscheids nach Schweizer Modell.

Unsere Vorschläge:

- Eine öffentliche Diskussion, unter Teilnahme zahlreicher Experten zum Thema: Sicherung der öffentlichen Haushalte der DG.
- Jeder Parlamentarier sollte einen geheimen Abstimmungsmodus im Parlament einfordern können. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Mitglieder des Parlamentes jederzeit die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler vertreten können, ohne sich durch die Gewissensentscheidung möglichen negativen Folgen durch die Partei aussetzen zu müssen.
- Eine bindende Volksbefragung zum geplanten Parlamentsumbau.
- Ein Dekret, welches beschließt, dass öffentliche Gelder der DG für Infrastrukturprojekte nur ausbezahlt werden, wenn die entsprechenden Gebäude nach Niedrigenergie- oder Passivhausbauweise gebaut, und zum größten Teil mit erneuerbaren Energien beheizt werden.
- Ein Ministerpräsident und ein Stellvertreter – Anstatt 4 Minister!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Im Dezember 2008 wurde der VIVANT- Fraktion in der öffentlichen Plenarsitzung vorgehalten, wir würden im PDG als Fraktion Nichts einbringen. Die vorliegende Stellungnahme erfolgt, damit Sie die Möglichkeit haben, Sich dazu Ihr eigenes Urteil zu bilden!

Für die VIVANT- Fraktion

Joseph Meyer, Fraktionsvorsitzender